



Aktueller Begriff

Fünf Jahre Friedensabkommen in Kolumbien

Am 24. November 2021 jährte sich die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung unter dem damaligen Präsidenten Juan Manuel Santos (Partido Social de Unidad Nacional) und den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, kurz FARC) zum fünften Mal.

Vorgeschichte

Der Friedensvertrag beendete einen über 50 Jahre andauernden bewaffneten Konflikt mit 260.000 Todesopfern und rund 8 Mio. Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, der vor allem von Kämpfen zwischen linksgerichteten Guerillagruppen und dem kolumbianischen Militär gekennzeichnet war. Die FARC waren im Mai 1964 aus Mitgliedern der kommunistischen Partei Kolumbiens und einer Bauernbewegung entstanden und stellte seitdem die größte Guerillaorganisation Lateinamerikas dar. In ihren Anfängen richtete sich die FARC insbesondere gegen die ungleiche Verteilung von Grundbesitz und Vermögen zwischen Kleinbauern und Großgrundbesitzern, Landraub sowie gegen Übergriffe der kolumbianischen Armee und paramilitärischer Gruppierungen. Beteiligt waren ferner politisch rechte paramilitärische Gruppen, welche zum Teil in Verbindung mit konservativen Parlamentariern standen. Von allen Seiten gingen Gewalt und schwere Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung aus.

Vereinbarungen und Umsetzung des Friedensvertrages

Der international viel beachtete Friedensvertrag enthält Vereinbarungen zur Beseitigung von Konfliktursachen, wie etwa zur strukturellen Reform ländlicher Gebiete, zu politischen Mitspracherechten, zur Abgabe der Waffen, zum illegalen Drogenhandel sowie zu Sicherheitsgarantien und zur Reintegration ehemaliger FARC-Mitglieder in die Gesellschaft. Ein weiteres Kapitel des Vertrages befasst sich mit der Aufarbeitung der Gewalt sowie mit den Opfern des Konflikts. Hierfür wurde das sogenannte „Integrale System für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien der Nichtwiederholung“ (SIV JRNR) entwickelt, das u.a. eine Wahrheitskommission sowie eine Sondergerichtsbarkeit für den Frieden vorsieht. Die Umsetzung des Abkommens, die auf 15 Jahre angelegt ist, gelingt trotz breiter internationaler Unterstützung nur teilweise. Von den im Vertrag angelegten sozialen und wirtschaftlichen Reformen wurden bislang nur wenige vollständig realisiert. Laut dem letzten Zwischenbericht des mit der Beobachtung des Friedensprozesses beauftragten US-amerikanischen [Kroc Institute for International Peace Studies](#) wurden bis November 2020 rund 28 Prozent der Vorgaben aus dem Friedensvertrag vollständig umgesetzt. Dabei waren insbesondere in den ersten beiden Jahren deutliche Fortschritte zu sehen, so die Demobilisierung der Ex-FARC-Mitglieder und die hierfür notwendige Verabschiedung von Gesetzen und Vorschriften. Dem Bericht der Mission zur Verifizierung des Friedensabkommens der Vereinten Nationen (VN) vom 24. September 2021 zufolge befinden sich 13.608 demobilisierte FARC-Kämpfer auf dem Weg zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiedereingliederung, was ein großer Erfolg des Friedensvertrags ist.

Gründe für die schleppende Umsetzung

Kolumbien gilt als stabile Demokratie in Lateinamerika. In der Gesellschaft besteht aber bis heute extreme soziale Ungleichheit, die im Frühjahr 2021 auch Auslöser für landesweite Proteste war. Die Folgen der Covid-19-Pandemie sowie die Aufnahme von ca. 1,8 Mio. Geflüchteten aus Venezuela erschweren die Lage zusätzlich. Dass die Umsetzung des Abkommens fünf Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages nur schleppend vorankommt, wird u.a. auch auf eine Verlagerung des Schwerpunkts auf mittel- und langfristige Ziele zurückgeführt: z. B. Infrastrukturmaßnahmen für die im Abkommen definierten ländlichen Regionen sowie Schritte gegen die ungleiche Landverteilung, wie etwa die Reform des veralteten Landkatasters. Kritiker verweisen außerdem auf die langwierige und zögerliche Umsetzung der Entwicklungsprojekte sowie eine mangelnde Finanzierung durch die Regierung des seit 2018 amtierenden Präsidenten Ivan Duque, der aus dem rechtskonservativen Lager stammt und bei seiner Wahl als Gegner des Friedensabkommens galt. Gegenüber der New York Times betonte Duque hingegen am 22. Oktober 2021 Fortschritte bei der Landreform: „We expect to close this year with 50.000 land titles granted. This represents the biggest land titling effort ever done in Colombia in one administration.“ Vorbehalte seiner Partei Centro Democrático bestanden insbesondere gegen die im Friedensvertrag vorgesehene Sonderjustiz für den Frieden und die damit verbundene Straferleichterung für ehemalige FARC-Kämpfer. Die Wiedereingliederung ehemaliger Guerilla-Angehöriger sowie Programme zur Substitution des Drogenanbaus werden von der Regierung unterstützt. Jedoch sind seit Unterzeichnung des Friedensvertrages bereits 292 ehemalige FARC-Mitglieder ermordet worden. Die fehlende Sicherheit erhöht das Risiko, dass sich weitere demobilisierte FARC-Angehörige wieder bewaffnen und kriminellen Gruppen anschließen. Positiv hervorzuheben ist die Verabschiedung eines Dekrets, mit dem ab 2022 16 Sitze im Kongress für Vertreter der Opfer des Konflikts für zwei Wahlperioden reserviert sind, um die politische Teilhabe zu stärken.

Nachhaltiger Frieden weiterhin gefährdet

Die vollständige Umsetzung des Friedensabkommens ist angesichts anhaltender Gewalt und einer instabilen Sicherheitslage in vielen Gebieten Kolumbiens gefährdet. In ehemals von der FARC kontrollierten Regionen konnten sich andere bewaffnete Gruppen (u.a. Paramilitärs, Drogenkartelle, ELN [Ejército de Liberación Nacional] -Guerilla) mangels staatlicher Präsenz ausbreiten. Sie kämpfen dort um die Kontrolle des illegalen Drogenanbaus und die Ausbeutung der Bodenschätze. Im Zuge der Landkonflikte kommt es auch zu Vertreibungen indigener und afrokolombianischer Gemeinden sowie zu Mordanschlägen an Menschenrechts- und Umweltaktivisten sowie lokaler Verteidiger des Abkommens. Amnesty International stuft Kolumbien 2020 als gefährlichstes Land der Welt für Menschenrechtsaktivisten ein. Laut dem VN-Hochkommissariat für Menschenrechte wurden allein 2021 bislang 158 Tötungsdelikte dokumentiert. Zentrale Aufgaben auf dem Weg zu einem nachhaltigen Frieden bleiben die Sicherheitslage, die Bekämpfung des Drogenhandels und eine Landreform, die den Bauern Ansprüche auf ihr Land garantiert und deren Lebensunterhalt sichert. Die kolumbianische Vizepräsidentin und Außenministerin Marta Lucía Ramírez appellierte bei ihrem offiziellen Besuch in Berlin im November 2021 „an Deutschland und an die gesamte internationale Gemeinschaft, sich uns im Kampf gegen den Drogenhandel und die illegale Wirtschaft anzuschließen.“

Quellen:

- Stefan Reith, „Zwischenbilanz mit Licht und Schatten“, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Auslandsinformationen, Juli 2021.
- Günther Maihold/Philipp Wesche, „Kolumbien auf dem Weg zum Minimalfrieden“, [Stiftung Wissenschaft und Politik](#), August 2019.